



Nr. 13/18 | 28.5.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich  
Ihr  
Egon Jüttner

## **HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:**

1. [Das Rentenpaket](#)
2. [Berufsbildungsbericht 2014](#)
3. [EU-geführte Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor Somalia](#)
4. [Deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo](#)
5. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

## 1. Das Rentenpaket

Das Rentenpaket steht und beinhaltet u.a. die Mütterrente. Neun Millionen Mütter von vor 1992 geborenen Kindern werden künftig bei der Rente ein Jahr mehr als bisher pro Kind angerechnet bekommen. Das schafft mehr Gerechtigkeit und erkennt die Erziehungsleistung der älteren Mütter an. Sie haben häufiger als heute aufgrund der Kindererziehung auf eine Berufstätigkeit verzichten müssen. Kindergartenplätze waren seltener und der berufliche Wiedereinstieg war deutlich schwieriger als heute. Dabei verminderte sich die Rente mit der steigenden Anzahl der zu erziehenden Kinder. Die CDU/CSU-Fraktion bewertet dies als eine Frage der Gerechtigkeit und setzte sich dafür ein, daß Kindererziehungszeiten in der Rente der Mütter anerkannt werden.

Zur Flankierung der Rente mit 67 werden Erwerbsminderungsrenten verbessert und das Reha-Budget aufgestockt. Bei der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren konnte die CDU/CSU-Fraktion eine Reihe von Verbesserungen erreichen. Auf diesem Weg wird wirksam verhindert, dass mit dem neuen Gesetz Brücken in die Frühverrentung gebaut werden. Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe und von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden nicht angerechnet. Zudem wird die Anrechnung von Arbeitslosengeld durch einen rollierenden Stichtag begrenzt. Dieser orientiert sich am individuellen Renteneintrittsalter. Zwei Jahre Arbeitslosigkeit vor dem 63. Lebensjahr bleiben unberücksichtigt. Wer kurz vor Rentenbeginn unverschuldet arbeitslos wird, wird aber nicht benachteiligt. Es wird Ausnahmen bei Arbeitslosigkeit durch Betriebspleiten geben. Selbständige, insbesondere Handwerker, bleiben nicht von der Rente mit 63 ausgeschlossen. Die CDU/CSU-Fraktion hat durchgesetzt, dass sie mit berücksichtigt werden, wenn sie nach 18 Jahren Pflichtbeitragszahlung in die freiwillige Versicherung gewechselt sind. Zur Vermeidung von Frühverrentung werden auch hier Arbeitslosigkeitszeiten zwei Jahre vor Rentenbeginn nicht angerechnet. Die Entwicklung zur Rente mit 67 wird somit verzögert, aber nicht gestoppt. Das Eintrittsalter in die abschlagsfreie Rente steigt schrittweise wieder an sodaß ab 2029 wieder mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gegangen werden kann.

Die Flexi-Rente ist Bestandteil des Konsenspakets. Wer das Rentenalter erreicht, scheidet heute in der Regel aus dem Arbeitsverhältnis aus und geht in den Ruhestand. Wer länger arbeiten möchte, kann künftig mit seinem Arbeitgeber einvernehmlich eine Weiterbeschäftigung für einen von vorneherein bestimmten Zeitraum vereinbaren. Wir zwingen den Menschen den Ruhestand nicht auf, da auch die Betriebe ältere Menschen mehr und mehr brauchen. Die Flexi-Rente bringt beide Wünsche in Übereinstimmung.

Eine Arbeitsgruppe „Flexible Übergänge in den Ruhestand“ wird sich bis zum Herbst mit diesen Fragen befassen und sie verbindlich klären, damit wir zu gesetzlichen Lösungen kommen. Die Vorstellung der CDU/CSU-Fraktion ist, daß jeder soweit wie möglich selbst bestimmt, wann er in Rente geht. Wer früher geht, bekommt weniger Rente. So geht es nicht auf Kosten der Allgemeinheit, da er auch kürzer in das Rentensystem eingezahlt hat. Umgekehrt bekommt jemand mehr Rente, wenn er später geht. Jedes Jahr, das weitergearbeitet wird, ohne Rente zu beziehen, erhöht die Rente. Klar ist aber, dass ein Rentner nicht volles Arbeitsentgelt plus Rente erhalten kann. Es gibt keinen grundsätzlichen Handlungsbedarf zur Sicherung der Rentenfinanzen. Bezahlt wird Sozialpolitik immer aus dem laufenden Sozialprodukt. Die Leistungsfähigkeit unserer Arbeitnehmer und die Modernität der Wirtschaft sind also die Schlüssel für die Sicherung des Rentensystems und unseres ganzen Sozialsystems.

## **2. Berufsbildungsbericht 2014**

Der Berufsbildungsbericht beschreibt die Entwicklungen sowie die aktuelle Lage im Bereich der beruflichen Bildung in Deutschland. Auf Wunsch der CDU/CSU-Fraktion hin wurde dieses für unser Land wichtige Thema diskutiert und mit dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung stärken“ verbunden. Die CDU/CSU-Fraktion spricht sich angesichts der großen Bedeutung der beruflichen Ausbildung als Standortfaktor für deren Stärkung aus.

## **3. EU-geführte Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor Somalia**

Die CDU/CSU-Fraktion hat dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Rahmen der EU-geführten Operation Atalanta bis zum 31. Mai 2015 zugestimmt. Im Rahmen des Einsatzes tragen unsere Soldaten zur Sicherheit der Schifffahrt vor dem Horn von Afrika bei. Die seit 2008 bestehende Mission hat bereits erfolgreich zu einer klaren Reduzierung der Piraterie im Seegebiet vor und um Somalia geführt. Das deutsche Kontingent wird nun von 1.400 auf 1.200 Soldaten gesenkt.

## **4. Deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo**

Der Bundestag befasste sich in erster Lesung mit dem Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung des KFOR-Mandates (Militärisch-Technisches Abkommen zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien). Deutsche Kräfte von bis zu 1.850 Soldaten leisten im Rahmen dieses Einsatzes einen wertvollen Beitrag zu der Mission, etwa im Hauptquartier, in der feldmedizinischen Versorgung oder der Eingreifreserve. Angesichts der auch bei fortschreitender Beruhigung der Lage fortbestehenden Eskalationsgefahr bleiben dieser Einsatz und dieser deutsche Beitrag von großer Bedeutung für Stabilität und den friedlichen Ausgleich im Kosovo, nicht zuletzt, da dadurch Entwicklung und Aufbau des Landes abgesichert werden.

## **5. Relevantes aus Mannheim und der Region**

### **Freie Waldorfschule zu Besuch in Berlin**

Auf meine Einladung hin besuchten 28 Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschule Mannheim unter der Leitung ihrer Lehrkräfte Nadja Skeirek und Wolfgang Goepfrich den Deutschen Bundestag. Der Besuch begann mit einem Informationsvortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals. Die Schüler wurden nicht nur über parlamentarische Abläufe und Gebräuche informiert, sondern auch über die Historie des Gebäudes. Daran schloß sich ein Gespräch mit den Mitarbeitern meines Berliner Büros an, in dem meine Arbeit näher erläutert wurde. Die Schüler hatten Gelegenheit, zahlreiche Fragen zu aktuellen politischen Themen zu stellen und interessierten sich insbesondere für die Schwerpunkte Auswärtiges und Menschenrechte, die ich auch in der 18. Legislaturperiode wieder setze, sowie für den Ablauf einer Sitzungswoche und meinen Einsatz für Mannheim. Nach dem Gespräch besichtigten die Schüler die Reichstagskuppel, von

der sich ein beeindruckender Blick über Berlin bot. Ein Abendessen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestages rundete den spannenden Besuch ab.



Bild: Die Schüler und Schülerinnen der Freien Waldorfschule mit ihren Lehrern Nadja Skeirek und Wolfgang Goeprich

## **Justus-von-Liebig-Schule in Berlin**

15 Schüler der Justus-von-Liebig Schule besuchten mit ihren sechs Lehrern und Betreuern auf meine Einladung hin den Deutschen Bundestag. Der Besuch begann mit einem Informationsvortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals. Die Klasse, bei der es sich um eine Inklusionsklasse handelt, wurde nicht nur über parlamentarische Abläufe und Gebräuche informiert, sondern auch über die Historie des Gebäudes. Daran schloß sich ein Gespräch mit den Mitarbeitern meines Berliner Büros an, in dem meine Arbeit näher erläutert wurde. Die Schüler hatten Gelegenheit, zahlreiche Fragen zu aktuellen politischen Themen zu stellen. Sie interessierten sich insbesondere für die Schwerpunkte Auswärtiges und Menschenrechte, die ich auch in der 18. Legislaturperiode wieder setze, sowie für den Ablauf einer Sitzungswoche und meinen Einsatz für Mannheim. Nach dem Gespräch besichtigten die Schüler die Reichstagskuppel, von der sich ein beeindruckender Blick über Berlin bot. Ein Abendessen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestages rundete den spannenden Besuch ab.



Bild: Die Schüler und Schülerinnen der Justus-von-Liebig-Schule mit ihren Lehrern und Betreuern

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)